

Zum Internationalen Frauentag

Gleichstellung muss unser Alltag werden



Foto: Archiv

Weltweit wird Frauentag genutzt um auf die Situation der Frauen hinzuweisen

Seit 1921 machen Frauen weltweit jährlich am 8. März, am Internationalen Frauentag, auf ihre Situation aufmerksam. Initiiert wurde er jedoch bereits 1910 von der Sozialdemokratin und späteren Kommunistin Clara Zetkin. Eingeführt um Gleichberechtigung zu erringen, hat er bis heute Relevanz. Noch immer sind Frauen und Männer nicht gleichgestellt. Verschiedene Organisationen und Verbände nehmen diesen Tag deshalb zum Anlass, um auf die unterschiedlichen Benachteiligungen von Frauen hinzuweisen. So ist das Motto der Gewerkschaft ver.di in diesem Jahr »Frauen bestimmt«. Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nach gleichen Karrierechancen und nach flexiblen Arbeitszeitmodellen sind dabei ebenso wichtig, wie die Forderung nach Mindestlöhnen.

Der rot-rote Senat hat sich zum Ziel gesetzt, die Gleichstellung der Frau zu erreichen. Bereits im Koalitionsvertrag 2001 haben SPD und PDS festgehalten, dass Gender Mainstreaming, also die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen »im alltäglichen Verwaltungshandeln wirkungsvoll berücksichtigt wird«. Im Senatsbeschluss verpflichtet sich dieser entsprechend, dieses Politikziel in allen Lebens- und Arbeitsbereichen durchzusetzen. Zwar haben die Frauen in der Bildung gemessen an den erreichten Schulabschlüssen und der Aufnahme eines Studiums die Männer zwischenzeitlich überrundet, aber was die Besetzung von Spitzenpositionen oder die Bezahlung betrifft, haben sie die Männer noch nicht eingeholt. So bedeutet die Gleichstellung der Geschlechter überwiegend, dass

Frauen in besonderem Maße gefördert und unterstützt werden müssen. Ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm soll in allen Senatsverwaltungen entsprechende Schwerpunkte setzen und auch in haushaltspolitischen Diskussionen verbindlich sein. Zuwendungen, die nicht geschlechtergerecht verwendet werden, sollen mit Hilfe einer sogenannten Gender-Budget-Analyse umgeschichtet werden. Mit dem Gender-Budgeting, also das Gender Mainstreaming in der Haushalts- und Finanzpolitik, wird eine veränderte Haushaltspolitik hergestellt. Das Gender-Budgeting gibt es bisher nur im Bundesland Berlin. Die gendersensible Ausschreibung von Stellen im Berliner Landesdienst wird bereits seit 1991 durch das Landesgleichstellungsgesetz geregelt. In der Privatwirtschaft wird die Geschlechterparität mit Hilfe der Landesinitiative Chancengleichheit, an der sich unter anderem die Industrie- und Handelskammer zu Berlin, die Handwerkskammer Berlin, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Vereinigung der Unternehmerverbände in Berlin und Brandenburg beteiligen, angestrebt. Vor allem die Herbeiführung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Unterstützung von Unternehmerinnen und Existenzgründerinnen und die Anpassung von Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten werden hier als wichtige Schritte angesehen.

Wie weit Berlin auf dem Weg der Gleichstellung schon gekommen ist, wird regelmäßig analysiert und bewertet. Tatsächlich können wir in Berlin auf einige Erfolge verweisen. So hat sich beispielsweise die Anzahl der Frauen im gehobenen und höheren Dienst in der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahren vergrößert. Auch können wir einen prozentualen Anstieg von Frauen in der universitären Lehre verzeichnen. Der Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen trägt ebenfalls dazu bei, die Erwerbstätigkeit zu fördern und so Karrierechancen zu eröffnen.

Natürlich ist es noch ein langer Weg, bis eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter erreicht ist, aber DIE LINKE wird weiter dafür eintreten. Nicht nur am 8. März.

Carola Bluhm

Das nächste Basistreffen

findet am **Donnerstag, 26. März 2009, 19.00 Uhr** im BVV-Saal, Parochialstraße 1-3, U-Bahnhof Klosterstraße statt.

Thema: **Zusammen statt getrennt – für einen gemeinsamen Ethikunterricht**

Gast **Carola Bluhm (MdA)** Vorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Viele Millionen Euro werden jetzt allerorten ausgegeben. Es sind zwar nur Kredite, die der Steuerzahler in den nächsten Jahren tilgen muss, jedoch keiner will beim Eurosegen zu kurz kommen. Das Konjunkturprogramm II beschert auch dem Bezirk Mitte 10 Millionen für die Sanierung von Schulen. Allerdings muss alles schnell gehen, sehr schnell.

Bereits zum 16. Februar 2009 hatten die Bezirke eine verpflichtende und standortkonkrete Maßnahmeplanung dem Senat zu melden. Man kann davon ausgehen, dass bei einem Sanierungstau von ca. 40 Millionen Euro allein in Mittes Schulen die Listen mit den sanierungsbedürftigen Objekten fix und fertig in den Amtsschubläden liegen. Nur konnte bei einer so erzwungenen kurzen Abgabefrist keines der bezirklichen wie schulischen Gremien seine rechtlich vorgeschriebene Mitbestimmung wahrnehmen. Wenn so viel Geld zu verteilen ist, muss das zu hohem Unmut führen. Schul- und Elternvertreter fragen sich vielleicht, warum in Schule X Dach und Fenster saniert werden, während in ihrer Schule Y die bereits lange notwendigen Malerarbeiten nicht in der Anmeldung berücksichtigt wurden. Jetzt kann alles nur noch im Nachhinein versucht werden zu erklären. Mit Mitbestimmung hat das nichts zu tun.

Verschärft wird dieses Problem durch die Festlegung des Senats, dass mindestens 50 Prozent der dem Bezirk vom Senat aus dem Konjunkturprogramm zur Verfügung gestellten Mittel für die Umsetzung der geplanten Schulstrukturreform berücksichtigt werden sollen. Eigentlich eine sinnvolle Entschei-

Blick aus dem Amt:

Eine Schule, die allen bestes gibt

Wer Brandbriefe schreibt, der schreibe nicht über Feuerlöscher, kommentierte ein Kollege den Brief der Schulleiter/innen aus Mitte. Dieser Brief hat eine große Wirkung gehabt und die BVV wird nun auch einen Sonderausschuss »Moderne Schulen in Mitte« einrichten. Hier wird vieles zu besprechen sein. Gerade auch das, was unsere Schulen in Mitte an Unterstützung bekommen und wer noch als Partner dabei ist, um Kindern und Jugendlichen bei ihrem Bildungserfolg zur Seite zu stehen.

Es ist gerade die Jugend- und Schulpolitik in Mitte, gemeinsam vom Bezirksamt getragen, die vieles an den Schulen ermöglicht und zusätzliche Gelder investiert hat. Nicht nur in die bauliche Sanierung ist in den letzten Jahren viel Geld gesteckt worden. Viele zusätzliche Lehrerstunden, Schulprojekte und Schulstationen, zusätzliche Sozialarbeiter/innen, Vertiefte Berufsorientierung ab der 8. Klasse, Schullotsen im Netzwerk Kinder-



Stress beim Geldausgeben

ding, die Mittel für Umbauten und Investitionen für die neue Sekundarschule zu benutzen. Wenn es keine Hauptschulen mehr geben soll und neben den Gymnasien nur noch die Sekundarschule besteht, hat das weitreichende Folgen für die Schulstandortplanung in den Bezirken. Wesentliche Eckdaten der geplanten Schulstrukturreform wie Klassenfrequenzen, Zügigkeit der Schulen oder die Zugangsberechtigung zum Gymnasium sind jedoch noch nicht bekannt, werden noch verhandelt. Welcher Schulstandort wird zur Sekundarschule ausgebaut, welcher muss gegebenenfalls geschlossen werden? Das sind Entscheidungen, die bei der Bauanmeldung aus dem Konjunkturprogramm II getroffen werden müssten, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht getroffen werden können. Gegen diesen unsinnigen Zwang protestierte die Bezirksverordnetenversammlung Mitte in einem einstimmig verabschiedeten offenen Protestbrief an den Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung (Drs. 1177/III).

schutz an jeder Schule und vieles mehr gibt es an unseren Schulen. Davon wird zu reden sein, auch von dem zusätzlichen Geld aus dem Programm »Soziale Stadt« und vom Jugendamt für weitere Schulprojekte.

Mir scheint, dass es einer viel grundsätzlicheren Debatte bedarf, die sich mit dem Schulsystem an sich auseinandersetzt. Berlin braucht eine Schule, die allen beste Chancen gibt, die besser individuell



fördert und die nicht ausgrenzt. Deshalb sind mir weitere Gemeinschaftsschulen in unserem Bezirk so wichtig. Mehr dazu unter »Eine Schule für alle!« <http://www.gemeinschaftsschule-berlin.de>

Rainer-Maria Fritsch
Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen

Darin artikulieren die Verordneten deutlich ihre Auffassung, dass das im »Brandbrief der Schulleiterinnen und Schulleiter aus Mitte« angeführte gestörte Vertrauen in das politische Handeln durch die Missachtung der Mitwirkungsrechte nur weiteren Schaden nehmen kann. Unsere Forderung an den Senator Zöllner lautet: Es müssen Nachverhandlungen zur fristgerecht eingereichten Maßnahmeplanung im Rahmen des Konjunkturprogramms II ermöglicht werden.

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.

■ **Wie positioniert sich das Bezirksamt** zur Absicht des Hotel- und Gaststättenverbandes, im Juli dieses Jahres auf dem August-Bebel-Platz ein Gourmetfestival zu veranstalten bzw. hält das Bezirksamt ein solches Festival auf dem August-Bebel-Platz sowohl vereinbar mit der Besonderheit und der Würde des Ortes als auch vereinbar mit den eigenen Beschlüssen und Beschlüssen der BVV? (DIE LINKE) 1167/III

■ **In welcher Höhe** wird das Jobcenter Mitte Zuweisungen aus dem Konjunkturprogramm II erhalten und welche Überlegungen wird das Bezirksamt in die Trägervertretung des Jobcenters einbringen, um die vorgesehenen Mittel sinnvoll für die Arbeitsuchenden einzusetzen? (DIE LINKE) 1142/III

■ **Initiiert bzw. unterstützt** das Bezirksamt die Beteiligung der im Bezirk ansässigen Schulen an dem bundesweiten Projekt »Schulenergie« (20.-24.4.2009), über das Wissen und Erfahrungen zu den Themenfeldern erneuerbare Energien und Energiesparen ausgetauscht und Interessierte für die erneuerbaren Energien begeistert werden sollen? (DIE LINKE) 1147/III

Beschlossen u.a.

■ **Offener Protestbrief an den Senator** für Bildung, Wissenschaft und Forschung

(Entschliebung, alle Fraktionen, Graue) 1177/III

■ **Haushaltspolitische Leitlinien** des Bezirks Mitte für den Doppelhaushalt 2010/2011 (alle Fraktionen, Graue) 1134/III

■ **Das Bezirksamt** soll sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einsetzen, dass die Sportflächen des OSZ Gesundheit in der Schwyzer Straße über einen Schlüsselvertrag auch von den Schülern der Gottfried-Röhl-Schule genutzt werden können.

(DIE LINKE) 1154/III

Überwiesen u.a.

■ **Das Bezirksamt** soll sich gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass die Verkehrssicherheit an der Straßenbahnhaltstelle »Monbijouplatz« verbessert wird.

(DIE LINKE) 1158/III

LINKE Alternativen für Europa

Warum wir ins Europaparlament gehören

Die Sorgen der meisten Menschen in Deutschland und Europa wachsen seit Wochen: Finanz- und Wirtschaftskrise, Kriege und weltweit wachsende Kriegsgefahren, Armut und soziale Spaltungen, Klimawandel und Umweltzerstörung, politischer und religiöser Fundamentalismus, Diskriminierung von Frauen und erzwungene Abwanderung ... Wir Linke sind gefordert, unsere politischen Handlungsspielräume zu nutzen, um gegen diese zerstörerischen Tendenzen vorzugehen - in der Kommune, im Land, in der Bundesrepublik, in der Europäischen Union, in Europa und weltweit.

Wenn wir uns z. B. ansehen, was die Europäische Union »geleistet« hat, um Auswirkungen der Finanzkrise in den USA zu importieren oder eigene Probleme in ökonomisch schwächere Weltwirtschaftsregionen zu exportieren, sehen wir, wie kontraproduktiv sie sein kann. Aber sie kann Wesentliches dafür leisten, dass die großen Probleme der Gegenwart demokratisch, solidarisch und gerecht gelöst werden: In der EU werden fast 20 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes produziert.

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE

in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 - 17.30 Uhr und
am 3. Mittwoch von 10-11.30 Uhr
im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3,
10178 Berlin, Raum 323,
Telefon: 200 92 45 65

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats
von 17 bis 19 Uhr in der
»Betroffenenvertretung
Rosenthaler Vorstadt«,
Strelitzer Str. 4, 10115 Berlin

Achtung!

Die 2. Beratung des Rechtsanwalts findet ab sofort am letzten Mittwoch jeden Monats von 17 bis 19 Uhr im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, Raum 505 - 5. Etage - statt.

DIE LINKE Berlin Mitte

Die Regierenden unseres Landes haben einen hohen Anteil daran, dass die EU so ist wie sie ist. Ihr politischer Machtkern liegt in ihren Mitgliedstaaten.

Wir Linke in Deutschland haben also eine besondere Verantwortung dafür, dass es nicht »so weiter geht«. Ein anderes Europa ist möglich - wenn es gelingt, die Politik und Entwicklung der Europäischen Union zu verändern, sie an Frieden und zivilen Konfliktlösungen zu orientieren, an Demokratie, Gleichstellung der Geschlechter, an sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit und an einer Wirtschaft, die den Menschen dient. Dieses andere Europa kann entscheidend dazu beitragen, dass eine andere Welt möglich wird.

Dafür wollen wir all jene Möglichkeiten nutzen, die eine starke linke Fraktion im Europaparlament bietet.

Was wir bewirkt haben

Trotz der neoliberalen Mehrheit im Europaparlament konnten wir alternative Akzente setzen: Wir haben z. B. die Gesetzesvorschläge der Kommission, den öffentlichen Personennahverkehr zu privatisieren, und wiederholte Versuche, die Hafendienstleistungen gnadenloser Konkurrenz auszusetzen, zurückgewiesen. Rat und Kommission konnten ihre Ziele bei der Dienstleistungsrichtlinie nicht vollständig umsetzen, die Chemikalienrichtlinie REACH wurde ökologisch ausgerichtet. Wir haben unseren Anteil daran, dass der Rat bei dem Versuch, die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit nach oben zu verschieben, in das Vermittlungsverfahren gezwungen wurde. Die Linksfraktion GUE/NGL initiierte einen sehr kritischen Bericht über die Umsetzung der Grundrechte innerhalb der EU. Das Europaparlament hat auf unsere Initiative mit großer Mehrheit die Einführung von Mindestlöhnen und Mindesteinkommen in den Mitgliedsstaaten sowie konkrete Ziele für die Bekämpfung von Armut, Obdachlosigkeit und sozialer Ausgrenzung gefordert.

Solide parlamentarische Arbeit ist selbstverständlich die vorrangige Aufgabe linker Abgeordneter. Aber damit nicht genug: Es gehört zu den Aufgaben von Abgeordneten der LINKEN im Europaparlament, die Bürgerinnen und Bürger über das Zusammenspiel von politischen Entscheidungen auf lokaler, nationaler und EU-Ebene zu informieren. Wir werden weiterhin die Wirkungen von EU-Politik im Alltag von Millionen Frauen und Männern, Mädchen und Jungen aufzeigen und über ihre Verantwortung für die Zuspitzung

sozialer, ökologischer und globaler Probleme aufklären.

Solidarisch mit den Kämpfenden

Wir haben auch außerhalb des Parlaments gegen die Liberalisierungs- und Privatisierungspläne der Regierenden mobilisiert. Wir haben die streikenden VW-Arbeiterinnen und -Arbeiter genauso unterstützt wie die Fischer in Portugal, die Hafendarbeiter in Rotterdam oder die Beschäftigten von Gate Gourmet in London und in Düsseldorf. Gemeinsam mit den Qimonda-Betriebsräten aus Portugal und Deutschland fordern wir die Kommission auf, nicht tatenlos der Schließung des wichtigsten Standortes für die Entwicklung und Produktion von Halbleiterelementen in der EU zuzusehen. Mit vielen anderen Akteuren haben wir gegen den Abschluss von Freihandelsabkommen gekämpft, die für die Menschen in schwächer bzw. schwach entwickelten Ländern verheerende Auswirkungen haben, ihren Ländern auf lange Sicht eigenständige Entwicklungen verstellen. Wir waren bei zahlreichen Friedensdemonstrationen dabei, haben in vielfältiger Form gegen Militarisierung, Kriegsvorbereitung und Kriege protestiert ...

Schließlich kann eine Neuausrichtung der EU nicht allein aus dem Parlament erzwungen werden. Doch ohne eine gestärkte Linke im Europaparlament kann der notwendige Wandel nicht gelingen. Er wird möglich, wenn der politische Druck für demokratische und solidarische Veränderungen der Europäischen Union, der von lokalen Initiativen bis hin zu europäischen Netzwerken ausgeht, weiterhin von linken Europa-Abgeordneten aufgegriffen wird. Wenn sie sich weiterhin um die Kommunikation und Kooperation mit anderen demokratischen Akteuren bemühen.

Gabi Zimmer (MdEP)

DIE LINKE im Europaparlament
Sprecherin der Delegation



Die Politik der Regierungen Kohl, Schröder und Merkel hat den Unternehmen mit Sozialabbau und Deregulierung fleißig bei der Maximierung ihrer Profite geholfen. Auf der Verliererseite standen die Beschäftigten und die gesetzliche Rente.

Stella baut das Forum

Kürzlich war bekannt geworden, dass der Italiener Franco Stella, Wettbewerbsgewinner zum Bau des Humboldt-Forums auf dem Schlossplatz, mit der Detailplanung sowie Bauleitung und Kostenplanung des Gesamtvorhabens zwei deutsche Architekturbüros beauftragt hat. Bauexperten schließen daraus, dass Stella womöglich überfordert sei. Aus dem Bauministerium heißt es dazu, dass es ein üblicher Vorgang sei, bei der Abwicklung von Großaufträgen Unterstützung von anderen Architekten zu holen. »Federführung und Verantwortung für den Auftrag liegen ausschließlich bei mir«, betonte Architekt Franco Stella.

Fernsehturm ist Magnet

Berlins Fernsehturm am Alexanderplatz ist offenbar bei Paaren sehr beliebt. 38,6 Prozent der Gäste, so ergibt eine Umfrage, besuchen den höchsten Aussichtspunkt der Hauptstadt gemeinsam mit ihrem Partner. Rund 25 Prozent fahren mit Freunden auf den Turm. Der Fernsehturm ist mit 368 Metern das höchste öffentlich zugängliche Gebäude in Berlin. Jährlich wird es von bis zu 1,2 Millionen Menschen besucht. Tagsüber ist zuweilen kurzes Schlangestehen nicht auszuschließen.

Straßenbahn kommt – später

Es darf gegrübelt werden, wann die erste Straßenbahn zum Hauptbahnhof fahren wird. Schon 2002 gab es mal einen Termin. Viel später war von 2011 die Rede. Jetzt wird im Haus der Stadtentwicklungssenatorin so gerechnet: 2009 Ende des Planfeststellungsverfahrens; Baubeginn der Trasse 2010 und dann zwei bis drei Jahre Bauzeit. 2013 also freie Fahrt für die Straßenbahnlinien M6, M18 und M10, auf 2,4 Kilometern Länge. Bis dahin soll auch der Ausbau der Invalidenstraße beendet sein. Sicher ist alles wieder nicht. Die einstigen gerichtsnotorischen Widersprüche von lärmgeplagten Anwohnern sind noch nicht vom Tisch. Eine Senatsstimme: Wir müssen alle bisherigen Gutachten endlich »gerichtsfest« machen.

Neuartiger Stadtplan

Ein interaktiver Stadtplan hat im Roten Rathaus ein ganz besonderes Interesse gefunden. Auf einer speziellen Tischoberfläche werden auf einer Satellitenkarte die Umrisse der Stadt gezeigt. Indem Besucher mit dem Finger spezielle Markierungen berühren, können sie sich beispielsweise das Olympiastadion oder den Flughafen Schönefeld herbeizoomen. Dazu gibt es Informationen zur Geschichte, zu vielen Sehenswürdigkeiten und zur Kulturgeschichte Berlins.

Menschen in Mitte

Bärbel Jensch: Sportlerin und Sozialarbeiterin in einer Person



Foto: Herold

Bärbel Jensch im Kreise ihrer »Sportlerfamilie«

Ginge es nach dem Willen von Bärbel Jensch, würden alle Menschen – egal welcher Herkunft, ob alt oder jung – sich verstehen, Freunde sein, miteinander ihre Leistungen und Talente messen, gesund und aktiv leben.

»Was könnte besser dazu beitragen als der Sport«, sagt die Leiterin der Abteilung Leichtathletik des Allgemeinen Sport-Vereins Berlin e.V. (ASV) mit voller Überzeugung. »Nehmen wir nur mal unser schon traditionelles Projekt »Sport in den Ferien für die ganze Familie«. Im Sommer mehrmals, im Winter und in der Osterzeit organisieren wir im Poststadion an der Lehrter Straße Treffen mit Zuwandererfamilien aus zahlreichen Staaten zum gemeinsamen Sporttreiben«, erzählt sie begeistert. »Nach der Siegerehrung wird gemeinsam Kaffee oder Tee getrunken, viel geredet, entstehen Bekanntschaften und Freundschaften«.

Für diese vorbildliche Aktivität erhielt der ASV Ende 2008 den Integrationspreis der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte. Der Ausschuss für Soziale Stadt, Integration und Gleichstellung unter Vorsitz von Sven Diedrich (DIE LINKE) hatte seine Wahl aus den von Bürgern des Stadtbezirkes zahlreich eingereichten Vorschlägen getroffen. Viel Zuspruch finden Gymnastik für Senioren, Laufen, Spielen und Werfen für Kinder, Tennis, Basketball oder »Groß trifft Klein« beim Kugelstoßen. »Mädels bewegt euch 2009« lautet das Motto der diesjährigen Frauensportaktionswochen. Fachtrainer leiten eine Rückenschule mit gezielter Wirbelsäulengymnastik. Für Mädchen und Jungen aus Familien mit einem geringen Einkommen werden Ferienlager organisiert, im letzten Sommer für Kanusportler. Rund ums Jahr erringen Mitglieder aller Altersgruppen das begehrte Sportabzeichen des Landesportbundes. »Für jeden etwas«, sagte Bärbel Jensch.

Zu den heute schon 150 Aktiven gehören Drei- bis 80-jährige, Schüler, Rentner, auch Behinderte, übergewichtige Kinder, die zusammen mit ihren Angehörigen eine Ernährungsberatung und Anregungen für viel Bewegung erhalten, und nicht wenige sozial schwache Leute. Der 44-jährige Ahmed kommt nach zwei Herzinfarkten mit seinen drei Söhnen wöchentlich zum Krafttraining.

Was könnte besser zur Integration beitragen als der Sport

»Wir verstehen uns als Sportler wie auch als Sozialarbeiter.« Für diese Haltung war für sie das eigene Leben die beste Schule. Sie wohnt mit ihrem 33-jährigen behinderten Sohn zusammen, hatte selbst eine schwere Krankheit zu besiegen, musste frühzeitig berentet werden. »Der Sport hat mir über vieles hinweggeholfen«, resümiert sie heute. Seit ihrem 15. Geburtstag ist sie Mitglied des ASV, war sieben Mal deutsche Behindertenmeisterin im Kugelstoßen. Als eine wichtige Aufgabe sieht sie die Suche nach weiteren Förderern und Paten. So bezahlt der Geschäftsmann Klaus Frank dem neunjährigen Karim aus einer libanesischen Migrantenfamilie den Mitgliedsbeitrag und die Sportkleidung.

Das Jahr 2009 ist für die kleine quirlige Frau und den ASV ein besonderes: sie werden beide 60. Höhepunkt der Vereinsfeiern ist ein großer Lauf mit Teilnehmern aus ganz Berlin im Fritz-Schloß-Park, der dem Mitbegründer Helmut Böhm gewidmet ist. Zu ihrer Geburtstagsfeier lädt Bärbel Jensch Ende September ein – natürlich in das Poststadion.

www.asv-berlin-leichtathletik.de

Matthias Herold

Mieter und Touristen Wand an Wand

Klare Regelungen vom Senat gefordert

Der durchschnittliche Berliner ist ja nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen. Es muss schon einiges passieren, bevor Bewohner dieser Stadt sich organisieren und Widerstand leisten. In Mitte geschah und geschieht das gegen den sonstigen Trend in den letzten Jahren öfter als anderswo.

Doch warum gerade hier? In einigen Häusern rund um die Wilhelmstraße erleben die Bewohner die unangenehmen Nebenwirkungen von rücksichtslosem ausschließlich profitorientiertem Verhalten der Eigentümer, verfehlter Wohnungspolitik und unbedarftem Urlauberverhalten hautnah. Wohnungen werden in erheblichem Maß für hotelähnliche Zwecke missbraucht. Von knapp 1000 Wohnungen wird mittlerweile jede dritte mit befristeten Mietverträgen als Ferienwohnung »zweckentfremdet«. Die Folgen sind Lärm rund um die Uhr, unbeherrschbarer Müll im und vor dem Haus, ein Kommen und Gehen unbekannter Leute. Die Überbelegung der Wohnungen wird im Falle einer notwendigen Evakuierung zu einem ernststen Sicherheitsrisiko. Und alles ganz legal. Erst kürzlich entschied das Oberverwaltungsgericht, dass auch kurzzeitiges Wohnen als Wohnen zu bewerten ist und die Vermietung einer Wohnung als Ferienwohnung kein gewerbemäßiges Beherbergen darstellt und somit rechtlich nicht zu beanstanden ist. Was juristisch nicht zu beanstanden ist, muss in diesem Fall politisch geregelt werden.

Die Bewohner sprechen von einer zielgerichteten Vertreibung. Vertrieben werden sollen die Hauptmieter und am Ende steht der Abriss. Bis dahin sind die nichtsahnenden Touristen eine willkommene Einnahmequelle. Danach wäre Platz für lukrative Wohneigentumsanlagen, aber kein Platz mehr für die, die heute dort relativ günstig wohnen können. Kein unbekanntes Szenario! Folgerich-



Keine weiteren WBM-Wohnungen privatisieren

tig, dass die Mieter dagegen aufbegehren. Ein Verein ist in Gründung. Die Bewohner wollen erreichen, dass die hotelähnliche Nutzung der Wohnungen gestoppt wird und alle Wohnungen wieder mit normalen unbefristeten Mietverträgen vermietet werden. BVV und Bezirksamt unterstützen das Anliegen nach besten Kräften. DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat sich das Thema zu Eigen gemacht. Neun Fragen an den Senat sollen diesen sensibilisieren und darüber aufklären, wie der Senat die unhaltbaren Zustände verbessern und die dauerhafte Wohnnutzung durchsetzen will. Den Senat zu befragen, reicht aber nicht. Es bedarf klarer Regelungen, die es in Berlin schon gab. Eine davon heißt Zweckentfremdungsverbot. Darüber hinaus muss geprüft werden, wie mit den vorhandenen Möglichkeiten des Planungs- und Bauordnungsrechts diese Entwicklung, die es mittlerweile auch in anderen innerstädtischen Gegenden gibt, zurückgedrängt werden kann. Diese Art der Zweckentfremdung von Wohnraum belegt auf sehr eindrucksvolle Weise, was die Folge von Wohnungsprivatisierung auch ist. Bei den betroffenen Häusern handelt es sich ausschließlich um privatisierte, ehemalige WBM-Objekte. Also Hände weg von den Restbeständen!

Der Widerstand der Bewohner ist nicht gegen die Touristen gerichtet, sondern gegen die unzumutbaren Nebenwirkungen. In der Berichterstattung der überregionalen Medien wird oft der Eindruck vermittelt, die Bewohner der Ostberliner Platte seien pauschal und traditionell ausländerfeindlich. Da wird ein Bild in die Welt gesetzt, das ganz und gar nicht zutreffend ist und gegen das sich die Bewohner zusätzlich zu erwehren haben.

Sven Diedrich

Bei anderen gelesen

Bund größter Bauherr in Berlin

Der Bund ist mit seiner Bautätigkeit, die aktuell ein Investitionsvolumen von rund vier Milliarden Euro umfasst, der mit Abstand größte Bauherr in Berlin. Zu den größten und auch teuersten Bundesbauten wird der Dienstsitz für den BND, die Zentrale des Bundesnachrichtendienstes in Mitte mit einer Grundfläche von 150 mal 280 Quadratmetern zählen. 4000 Geheimdienstler sollen ab 2013 in der Chausseestraße arbeiten. Die Gesamtkosten einschließlich Umzug und Technik werden auf 1,5 Milliarden Euro veranschlagt.

»Berliner Morgenpost«, 14./15.2.2009

Stelen als Erinnerung

20 Stelen sollen in Berlin an die friedliche Revolution 1989 erinnern. Sie sollen über ganz Berlin verteilt an historisch bedeutenden Orten aufgestellt werden, u.a. auf dem Alexanderplatz.

»Berliner Kurier«, 17.2.2009

50.000 Haushalten drohen höhere Mieten

Tausende Haushalte im sozialen Wohnungsbau müssen sich auf steigende Mieten einstellen. Finanzsenator Sarrazin will die Mietobergrenzen für rund 50.000 Haushalte in Sozialwohnungen in diesem Jahr aufheben. Zu den Quartieren in den sozialen Brennpunkten gehört u.a. die Brunnenstraße im Wedding.

»Berliner Zeitung«, 17.2.2009

What's left ?

Auszug aus der Antwort Lothar Bisky's auf den Beitrag von Franz Müntefering vom 6.2.2009 in der Frankfurter Rundschau: Ein Effekt der Krise: »Das Kapital, Band 1« verkauft sich wieder besser. Wenn jetzt und bei den noch zu erwartenden Folgen der Krise die Kapitalismus-Kritik zur Popkultur gerinnt, bildet sich DIE LINKE in einigen Ländern Europas als stabile politische Kraft heraus und bringt Leben und Dynamik in geronnene Linksmuster. Sie gewinnt links neben der Sozialdemokratie als eindeutiger Gegner neoliberaler Mythen Profil und ist durch Ausgrenzung nicht zu erledigen, wie die deutsche Erfahrung lehrt.

»Frankfurter Rundschau«, 17.2.2009

Glanz war gestern

Glanz! Das war vor zwei Jahren noch das große Geld. Die Wall Street war der Inbegriff von Glanz und Licht. Das Geld ist verschwunden, und der Glanz anrühlich geworden. Glanz und Licht sind in Berlin stets willkommen. Pardon: waren. Inzwischen werden sie fast schon mit ebenso spitzen Fingern behandelt wie toxische Wertpapiere. Man will den Lichtersmog verringern, heißt es offiziell. Eine Stadt, die dem Zeitgeist entspricht, muss düster und bedrohlich sein.

»Financial Times«, 19.2.2009

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.die-linke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »Mittendrin« zum Herunterladen.

Linksfraktion der BVV im Internet

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neuesten Stand.

Mittes Jugend macht es spannend

Nicht nur eine Wahlparty



Foto: Archiv

Für »richtigrot« im Einsatz – 2009 wird das Superwahljahr

Am 27. September wird ein neuer Bundestag gewählt und auch wir, die »peaceful streetfighter«, die Jugendbasisorganisation von Mitte, wollen im Wahlkampf alles dafür tun, damit DIE LINKE so stark wie möglich wird.

Denn nur mit einer starken LINKEN im Bundestag kann die Politik der Bundesrepublik sozialer, friedlicher und gerechter werden. Wie in jedem Wahlkampf werden wir wieder

die Veranstaltungen und Aktionen der LINKEN im Bezirk, wie DIE LINKE-Kinonacht im Babylon, das Straßenfest auf dem Alexanderplatz und anderes, unterstützen. Wir werden aber auch unsere eigenen Akzente setzen und einen eigenen Jugendwahlkampf auf die Beine stellen. Wir organisieren derzeit eine Wahlparty für Jugendliche im King Kong Klub in der Brunnenstrasse für Anfang September. Darüber hinaus planen wir eine Bootsfahrt auf der

Spree mit unserem Direktkandidaten Klaus Lederer, bei der wir die zahlreichen Strandbars, Clubs und Cafes entlang des Ufers von »See« aus entern wollen. So wollen wir Party und Politik verknüpfen, um auch unpolitische Jugendliche für uns zu interessieren und für die Wahl der LINKEN zu werben. Außerdem gibt es die Idee, einen Flashmob zum Thema Finanzkrise zu organisieren. Flashmobs sind scheinbar spontane Aktionen im Stadtraum, die durch die Internetgemeinde veranstaltet werden. Zuletzt fand am Alex am 14. Februar nachmittags ein FreezeMob statt, bei dem rund 2000 Menschen für fünf Minuten in ihrer Bewegung »erstarrten«. Diese und noch andere zu entwickelnde Ideen müssen natürlich gut geplant und vorbereitet werden. Deshalb findet vom 15. bis zum 7. Mai in Blossin (südlich von Berlin am Langen See) unser Wahlkampfcamp statt. Hier wollen wir die Aktionen tagsüber in entspannter Atmosphäre am Strand planen und abends das Feiern proben. Zudem wollen wir einen prominenten klugen Kopf aus der Partei einladen, damit wir mehr über Hintergründe und aktuelle Entwicklungen erfahren können. Das Camp ist natürlich auch für Nichtparteimitglieder offen und jeder Interessierte kann sich unter peaceful.fighters@gmx.de bei uns melden. Dieses Wahljahr wird spannend werden und wir haben vor, es noch spannender zu machen.

Jan Degenhardt

Damit die Panke wieder fließen kann

Ein Programm zur Renaturierung beginnt

Die Panke stellt seit Urzeiten die Lebensader einer ganzen Region dar. Menschliche Einflüsse haben den Fluss bis zur Unkenntlichkeit verändert. Er wurde für Mühlen aufgestaut und ein großer Teil der Bäume gerodet. Industrie und Rieselfelder haben zu einer starken Verschmutzung der Panke geführt, die inzwischen wieder gemildert wurde. Die Begradigung des Flusslaufs hat dazu beigetragen, dass die Panke kaum noch als naturnahes Gewässer wahrgenommen wird.

Das Bild der Panke wird sich aber in den nächsten Jahren erfolgreich ändern. Denn die Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz hat mit den Vorarbeiten für die Renaturierung der Panke begonnen.

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie, die im Jahr 2000 in Kraft getreten ist, hat den Gewässerschutz deutlich verschärft. Die Richtlinie führt zu einem Paradigmenwechsel: Stand in den letzten Jahren die Errichtung von Kläranlagen und der Abfluss des Regenwassers

im Vordergrund, hat sich nun die Priorität auf die Sanierung und die Renaturierung der Flüsse verschoben. Für die Planung der Maßnahmen hat das Land eine Arbeitsgemeinschaft gegründet. Diese hat die Planungsarbeit im April 2008 begonnen und wird sie bis Mitte 2009 vollenden.

Eine für die Verwaltung teilweise noch ungewohnte Anforderung der EU-Richtlinie ist die aktive Information der Öffentlichkeit während aller Arbeitsphasen. Im Fall der Panke erfolgte die Öffentlichkeitsarbeit erstmals über Beteiligungswerkstätten für Anwohner. Schließlich finden regelmäßig Informationsveranstaltungen unter dem Motto »Tag der Panke« statt, zu denen jeder interessierte Bürger eingeladen ist.

Bei den vier Beteiligungswerkstätten im Jahr 2008 wurden schon erste Planungen bekannt gegeben: Die Spundwände in der Panke sollen verschwinden, um einen Gewässerrandstreifen entstehen zu lassen. Bei den Abschnitten mit beidseitigen Uferwänden, wie z.B. an der Gropiusstraße in Gesundbrunnen, kann mit Vorschüttungen und Ablage von Tot-

holz auch eine ökologische Aufwertung erreicht werden. Dass die Panke keine Wehre und Abstürze mehr haben wird, soll ebenfalls dazu beitragen, dass sich Fische und Pflanzen im ganzen Gewässer ansiedeln können.

Auf der Website www.panke.info wird der Renaturierungsprozess von der Planung bis zur Umsetzung begleitet. Inwieweit die Anwohner ihre Ideen und Bedenken einbringen konnten, wird sich zeigen. Zunächst muss die Renaturierung ein Posten im Landeshaushalt 2009/2010 werden. Verfehlt Berlin die Vorgaben der EU-Richtlinie, sind Strafzahlungen zu erwarten.

Joachim Faust

Redakteur »www.panke.info«

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.die-linke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »Mittendrin« zum Herunterladen.

Linksfraktion der BVV im Internet

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neuesten Stand.

Über den Unterschied

Dr. Jens-Peter Heuer blickt aus dem Fenster seines Amtes



Foto: Archiv

Immer wieder einmal trifft man auf alte Bekannte aus Mitte. Und die erste Frage ist (fast) immer dieselbe: »Und wie ist es so als Staatssekretär?«

Meine Antwort fällt verschieden aus, und sie hängt auch davon ab, ob Zeit ist für ein paar Sätze mehr – und ob ich dem oder der Fragenden tatsächliches Interesse zutraue. Manchmal sag' ich dann nur, dass es nicht besser und nicht schlechter ist, denn als Stadtrat in Mitte – nur ganz anders. Manchmal erzähle ich von der deutlich höheren Fremdbestimmtheit meines Arbeitstages – durch

dann hastet man weiter.

Ganz selten einmal habe ich die Chance (und das Bedürfnis), den Unterschied zwischen dem Amt in Mitte und dem in der Regierung wirklich zu beschreiben. Und ich will schnell zugeben, dass er mir auch erst nach einem knappen Jahr wirklich klargeworden ist. Das hängt mit der ersten wirklichen Pause – rund um Weihnachten – nach elf Monaten angespannter Einarbeitung zusammen. Und mit einem Geschenk.

Meine Liebste hat mir zum frohen Fest ein kleines Buch geschenkt. Darin waren (fast) all

jene Blicke aus dem Amt versammelt, die ich in den vergangenen zehn Jahren für die Mittdrind geschrieben habe. In den Tagen um den Jahreswechsel habe ich ihr – und mir – viele davon vorgelesen: Geschichten von Alltäglichem und Bemerkenswertem in unserem Bezirk, in meiner Arbeit. Mir ist das Herze groß geworden und schwer manchmal beim (Nach)lesen, beim Erinnern. Und mir ist klar geworden, wie sehr ich an dieser Arbeit gehangen habe, an ihren Herausforderungen und Ansprüchen, an ihren Erfolgen und Niederlagen. Das war schön oft und strapazierend auch, das war verzehrend und von Zeit zu Zeit verheerend.

Die neue Arbeit ist auch anstrengend und spannend, manchmal. Ich sitze viele Stunden mit vielen klugen Köpfen, lerne viel, entscheide, bewege wohl auch. Die Dimensionen sind größer, häufig geht es um viele Millionen. Papiere bündeln sich und mich. Termine werden im Stundentakt sortiert, oft bleibt nur die Fahrt dazwischen zum Ausspeichern und Umstellen. Die Post landet häufig auf dem Tisch daheim. Ich bemühe mich, kühl zu bleiben in heißen Diskussionen, abzuwägen und nachzudenken. Das Parkett ist glatt. Häufig scheint es wichtiger, nichts falsch zu machen. Das Herz kann (und muss oftmals) draußen bleiben. Das ist vielleicht gut für das Herz, aber das ist auch der Unterschied.

Volksentscheid am 26. April

Pro oder Kontra?

Pro Ethik oder Pro Reli – das ist hier die Frage, die in diesen Tagen viele unserer Mitbürger beschäftigt. Manche sind verunsichert: Wo soll ich am 26. April mein Kreuzchen machen? Und: Was tue ich meinen Kindern und Enkeln mit meiner Entscheidung an?

Diesen Fragen gingen Mitte vergangenen Monats zahlreiche Bürger im Club Spittelkollonnaden in der Leipziger Straße 47 im Rahmen der nun schon traditionellen »Kiezgespräche« nach. Die engagierte Moderatorin des Abends, Anni Seidl, hatte als kundigen Gesprächspartner Steffen Zillich, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Partei Die Linke, eingeladen. Und der gab viele Argumente für das Schulfach »Ethik«.

Das Unterrichtsfach »Ethik« wurde 2006 an allen Berliner Schulen verbindlich für die Klassenstufen 7-10 eingeführt. Dieser Unterricht bietet den Schülern unterschiedlicher nationaler, ethnischer und kultureller Herkunft, verschiedener Glaubensrichtungen und Weltanschauungen die Möglichkeit, Lebensweise und Lebensvorstellungen der jeweils anderen

kennen zu lernen. Das bietet Raum, sich mit dem jeweils anderen friedlich auseinander zu setzen – und ihn zu respektieren. Im Unterricht geht es um Werte: Identität, Freundschaft und Glück, um Diskriminierung, Gewalt und Toleranz. Es geht um Freiheit, Verantwortung und Solidarität, um Gleichheit, Recht, Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte. Wie Steffen Zillich informierte, zeigen die bisherigen Erfahrungen des noch jungen Unterrichtsfachs, dass hiermit fundamentalistischen Tendenzen bei Jugendlichen vorgebeugt werden kann und dass die gewaltfreie Verarbeitung von Problemen und Konflikten gefördert wird.

Der von den Leitungen der christlichen Kir-

Wir zahlen nicht für eure Krise –

Für eine solidarische Gesellschaft

Bundesweite Demonstration am Samstag, 28. März 2009, 12 Uhr, Rotes Rathaus

chen unterstützte Verein »Pro Reli« wirbt seit geraumer Zeit mit dem Begriff der »Wahlfreiheit« zwischen Religions- und Ethikunterricht. Die Schüler sollen damit vor einen Abwahlzwang gestellt werden: Entweder Religionsunterricht oder Ethikunterricht.

Man muss hierzu wissen, dass über 42 Prozent aller Berliner Schüler im Alter von 6-15 Jahren einen Migrationsintergrund haben. Die Bestrebungen von Pro Reli würden beispielsweise dazu führen, dass muslimische Jugendliche nur einen islamischen Religionsunterricht besuchen und fast nichts über die anderen Weltreligionen, andere Kulturen und deren Werte erfahren. Diese jungen Menschen könnten nicht erfahren, dass mit andersgläubigen oder nichtgläubigen Mitschülern Dialog und Gemeinsamkeit möglich sind.

Die Initiative »Pro Ethik« unter der Schirmherrschaft von Walter Momper strebt die Weiterführung des Unterrichtsfachs Ethik an. In der weltoffenen und toleranten Metropole Berlin, in der Menschen aus über 100 Nationen zusammen leben, ist für die junge Generation ein Lehrfach »Ethik« unabdingbar. Übrigens: Niemand verbietet den Kirchen und Religionsgemeinschaften, einen eigenen Religionsunterricht anzubieten. Dies kann und darf aber nicht zum Verlust des religionsneutralen Schulfachs »Ethik« führen.

Ohne das Fach »Ethik« wären unsere Schulen um ein Wesentliches ärmer.

Denis Ruh

Das ist das Letzte

Der Enkel fragt Opa: »Wat denn nu – Ethik oder Religion?« Darauf Opa: »Ick weeb nich, ob da oben irjendwo een Chefmanager oder Hauptschiedsrichter sitzt. Unsere Obrigkeiten beenden ja jede Neujahrsrede mit dem Satz: 'Jott schütze unser Vaterland' oder so.

Kann sein, weil se selber keenen Durchblick haben. Aber wahrscheinlich hat der liebe Jott sein Handy längst abgestellt. Drum wird uns ja einjebläut: Verlass dir nich uff en lieben Jott! Mach Verträge mit die Versicherung!

Für ´s Auto, für ´s Haus, für Unwetter und Einbruch, für Reisen und Beenbruch, für Klinik und Krematorium. Aber, wenn ick zehn Versicherungen bezahle, brauch ick keenen Schutzengel mehr. Brauchste aba doch, sagt die Kirche! Det is nämlich für die Seele jut. Für die Kasse vom Bischof natürlich ooch. Dafür sammelt ja der Staat die Kirchensteuer ein.

Obwohl Kirche und Staat seit 200 Jahre, infolge die französische Revolution, jetrennt sind. Aber in Bayern hängt in jedet Klassenzimmer een Kruzifix, ooch, wenn die Moslems da Jänsehaut kriegen. Und in Berlin jibt der Staat 50 Millionen für ´n Religionsunterricht dazu, obwohl hier zwee Drittel der Leute an jar nüschtglooben, und der Rest uff ´n Dutzend verschiedene Jötter schwört.

Aber nu zu dir: Wennste Ethik machst, kriegste alle Religionen der Welt erklärt. Wennste Religion nimmst, musste dir eene aussuchen. Am Ende wirste feststellen, det alle im Prinzip detselbe predigen, aber keener hält sich dran. Demwejen bin ick für Lessings »Nathan den Weisen«.

Kennste nich? Musste mal ins Theater jehn! Der hat nämlich zu seine drei Söhne jesagt: Is mir Wurscht, woran ihr gloobt, Hauptsache ihr macht det Beste daraus!

Det finde ick richtig. Und dass hier in Berlin, wo wa ´multikulti´ ha ´m, vonne CDU, vonne Bischöfe und die Kirchjänger een Religionskrieg veranstaltet wird, det finde ick doof. Und wenn det zur Abstimmung kommt, jebe ick det schriftlich.

Allet klar? ... Nich? Na jut, denn fang ick mal anders an ...

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28,
10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204,
Fax: 24 009 337,
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 20.02.2009

Ausgabebetrag für Nr. 4/09 – 02.04.2009

Na, endlich!

Planwerk Innenstadt wird überarbeitet

Mitte der 90er Jahre wurde das PWI von der CDU-SPD-Koalition als Antwort auf die Vereinigung der Stadt entwickelt; die bis heute nicht realisierten Hochhauspläne am Alex entsprangen noch einer frühen Euphorie. Seine Prinzipien – Abkehr von der autogerechten Stadt, Stärkung der Innenstadt statt Zersiedlung am Stadtrand, Erhalt des Zentrums als Wohnort für alle – waren wenig umstritten. Die »kritische Rekonstruktion« der kompakten, mischgenutzten und sozial vielfältigen Stadt und die Orientierung am »historischen Stadtgrundriss« fielen allerdings oft zu unkritisch gegenüber der Zeit um 1900 und allzu kritisch gegenüber der DDR-Zeit aus und waren sozial nur aufs Hochpreissegment orientiert.

Seit der Regierungsbildung 2006 hat das PWI seinen strategischen Platz verloren. Mit Energie verfolgt die Senatsverwaltung unter dem Label »PWI« nur noch einzelne Projekte, wie den Molkenmarkt und den Spittelmarkt. Wichtige aktuelle Projekte wie das Umfeld Hauptbahnhof, das Gebiet »Mediaspree«, die City West, das Stadtteilzentrum Turmstraße und das Humboldt-Forum sind zwar in der Planwerkulisse verortet, werden aber isoliert diskutiert und entwickelt.

Auf Initiative der Linken hat sich nun die Koalition darauf verständigt, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung im 1. Halbjahr 2009 und künftig alle zwei Jahre einen Senatsbeschluss vorlegt, mit dem das Planwerk entsprechend der im Verfahren befindlichen Be-

bauungspläne, den mittlerweile erteilten Baugenehmigungen nach § 34 BauGB sowie den zwischen Senat und Bezirken abgestimmten bzw. in Abstimmung befindlichen Planungen für Teilbereiche aktualisiert wird. In Aussicht genommene Planungsräume, die neue Konzeptionen erfordern, werden gekennzeichnet. Ein Differenzplan zwischen 1999 und der Fortschreibung wird erstellt. Die Fortschreibungen werden veröffentlicht.

Damit wird das PWI seit 1999 erstmals wieder zum Gegenstand einer politischen Beschlussfassung des Senats, nun unter Rot-Rot. Für die umstrittenen Gebiete an der Karl-Marx-Allee und die Fischerinsel verfolgt der Bezirk bestandsorientierte Lösungen. Für den Molkenmarkt und den Spittelmarkt wurden in der Koalition Vereinbarungen getroffen.

Im Zusammenhang mit dem B-Plan-Verfahren für das Humboldt-Forum hat sich die Koalition nun auch darauf geeinigt, nicht nur das nähere Umfeld zu beplanen, sondern auch den für das Zentrum so wichtigen Bereich östlich des Humboldt-Forums zwischen Spree und Alexanderplatz zu bedenken. In einem Abgeordnetenhaus-Antrag von SPD und Linke heißt es: »Der Senat wird aufgefordert, noch vor der Beschlussfassung über den Bebauungsplan für das Humboldt-Forum stadtentwicklungspolitische Grundsätze zur Gestaltung des grünteprägt öffentlichen Stadtraums zwischen Spree und S-Bahnhof Alexanderplatz vorzulegen.«

Damit steuern wir allerdings auf eine neue zentrale Stadtdebatte zu: braucht Berlin diesen öffentlichen Stadtinnenraum vor dem Rathaus, dieses »Zentrumsband« zwischen der Spreeinsel und dem Alex, oder soll hier ein am mittelalterlichen Stadtgrundriss orientiertes »Marienviertel« mit der üblichen Mischung Büro-/Geschäftshaus mit geringem Wohnanteil entstehen und rückt damit der Alex wieder ein Stück mehr nach Osten?

Dr. Thomas Flierl (MdB)

Dieter Langhoff,
Ingeborg Langner,
Marianne Muderack,
Ilse Pargmann,
Edeltraud Rossade
Isolde Stolz
zum 75. Rolf Krug, Brigitte Lupp,
Vera Reuß, Henk-Riksen,
Norbert Seitz,
Hans Tarnick,
Fritz Wengler
zum 70. Gerda
Hochmuth-Daenecke,
Anne-Dore Zachrau

Nachträglich gratulieren wir Sieglinde Wolf zum 85. Geburtstag, die am 29.02.1924 geboren wurde.

Eine Internationale der Nationalisten

Die extreme Rechte vor den EU-Wahlen
Gesprächskreis in Mitte mit Carsten Hübner, Journalist und Mitglied des Bezirksvorstandes

18. März, 19 Uhr, Saal 1,
Karl-Liebknecht-Haus

Wir gratulieren im März

zum Geburtstag!

Zum 94. Karl Mundstock
zum 86. Edith Barow-Bernstroff
zum 84. Hein Grote, Gertraud Rädler
zum 82. Vera Singer
zum 81. Hans-Heinrich Angermüller,
Victor Grossman,
Gerhard Gunkel,
Helmut Hauptmann,
Sonja Jahnel
zum 80. Günter Böhle,
Dittmar Grohmann,
Hellmut Hermann,
Edith Immig,
Harald Kehr,